

Personalangelegenheiten

Informationen gemäß Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten:

Nach geltendem Datenschutzrecht erhalten Sie Informationen, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben, wofür diese benötigt werden und wie sie bei uns verarbeitet werden. Darüber hinaus weisen wir Sie auf Ihre Betroffenenrechte hin. Ferner möchten wir Sie informieren, wer Ihre Ansprechpersonen sind, wenn es um Fragen zum Datenschutz geht.

Ihre personenbezogenen Daten wurden von uns erhoben. Dazu gehören Daten, welche Sie uns zur Verfügung gestellt oder welche wir von Dritten über Sie erhoben haben. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten (Art. 13 und 14 DSGVO) nachzukommen, informieren wir Sie über folgende Umstände:

Bitte beachten Sie dazu folgende Datenschutzhinweise

1.) Verantwortlicher, Datenschutzbeauftragte und Aufsichtsbehörde: Verantwortlicher für die Datenerhebung ist die Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstr. 59, 10179 Berlin.

Die/den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter: Senatsverwaltung für Finanzen, DSB, Klosterstr. 59, 10179 Berlin, Datenschutz@senfin.berlin.de.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de, Telefonnummer: 030 13889 -0.

2.) personenbezogene Daten, die verarbeitet werden:

Diese können sein: Name, (frühere) Anschriften, Stellenzeichen und Personalnummer, Grad der Behinderung, Gesundheitsdaten, Einkommensverhältnisse mit Eingruppierung, Besoldungsgruppe, Steuerklasse und Familienstand, Dienstbezeichnung, Geburtsdaten, Geburtsort, Kontaktdaten, Kontoverbindung, Namen und Kontaktdaten (früher) den Sachverhalt bearbeitender Personen, mitgeteilte Sachverhalte der betroffenen Personen oder anderer Behörden, Angaben Beteiligter und Angehörigen sowie ggf. Angaben zu Beschäftigungsverhältnissen, Stellenbesetzungsverfahren, dienstliche/arbeitsrechtliche Maßnahmen, Gerichtsverfahren; im Bewerbungs-, Auswahl- und Stellenbewertungsverfahren: Migrationshintergrund, Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst, Bildungsabschlüsse, Tätigkeit, Beurteilungen, Arbeitszeugnisse, ggf. Vertreter und Vorgesetzte.

3.) Zweck der Datenverarbeitung:

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zur Regelung von Personalangelegenheiten/Wahrnehmung von Führungsaufgaben (z.B. Dienstliche

Beurteilungen), Ausschreibungsunterlagen (z.B. Projekt Serviceorientiertes Personalmanagement - SPM), Beschwerdemanagement (Fachaufsicht über das Landesverwaltungsamt Berlin - LVwA), Bewerbungs- und Einstellungsverfahren, Stellenbewertungsverfahren und haushaltsrechtlichen Angelegenheiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck, als demjenigen, zu dem die personenbezogenen Daten erhoben wurden, ist nur unter den Voraussetzungen des §15 Abs. 1 BlnDSG statthaft.

4.) Rechtsgrundlagen:

Eine Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt nach

- a.) **Art. 6 Abs. 1 lit. a)** DSGVO aufgrund einer Einwilligung
- b.) **Art. 6 Abs. 1 lit. b)** DSGVO zur Erfüllung eines Vertrages; gegebenenfalls i.V.m. § 3 BlnDSG und § 2 Informationsverarbeitungsgesetz (IVG).
- c.) **Art. 6 Abs. 1 lit. c)** DSGVO zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung
- d.) **Art. 6 Abs. 1 lit. e)** DSGVO zur Wahrnehmung einer Aufgabe i.V.m. der fachgesetzlichen Norm

Eine Verarbeitung besonderen Kategorien personenbezogener Daten erfolgt nach **Art. 9 Abs. 1 und 2 lit. a) bis j)** DSGVO, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfolgung und Erfüllung von Rechtsansprüchen, aus Gründen eines erheblichen öffentlichen Interesses, bei Einwilligung, zur Pflichterfüllung im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts, für Zwecke der Gesundheitsvorsorge und im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

5.) Quelle der Daten:

Ihre Daten wurden vom Verantwortlichen, einer anderen Behörde, einem Gericht, einer anderen Abteilung des Verantwortlichen oder Antragstellenden zur Zweckerreichung erhoben.

6.) Speicherung Ihrer Daten:

Die personenbezogenen Daten werden nach Erhebung unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gespeichert und danach datenschutzgerecht gelöscht.

Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten besteht.

7.) Ihre Rechte:

Nach DSGVO haben Sie verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich insbesondere aus Artikel 15 bis 18 und 21 der DSGVO.

- **Recht auf Auskunft**
Sie können gem. Art 15 Abs. 1 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem

Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren (konkrete Angaben), um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

- **Recht auf Berichtigung**
Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie gem. Art 16 DSGVO eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.
- **Recht auf Widerruf bei der Einwilligung**
Sofern die Befugnis auf Verarbeitung Ihrer Daten oder zur Weitergabe Ihrer Daten auf Ihrer Einwilligung beruhen, haben Sie das Recht gemäß Art. 7 DSGVO diese jederzeit für die Zukunft zu widerrufen.
- **Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)**
Nach Art 17 DSGVO können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**
Nach Art 18 DSGVO können Sie unter Umständen die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten bei uns verlangen; die Daten werden dann nicht gelöscht, aber nicht weiter genutzt.
- **Recht auf Widerspruch**
Nach Art 21 DSGVO haben Sie das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Allerdings können wir dem nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur Verarbeitung verpflichtet.
- **Recht auf Datenübertragbarkeit**
Sie haben auch ein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO.
- **Recht auf Beschwerde**
Nach Art 77 DSGVO können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstr. 219, 10969 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de Beschwerde einlegen.
- **Allgemeine Hinweise zu diesen Rechten**
Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. In einigen Fällen können oder dürfen wir Ihrem Anliegen nicht entsprechen. Sofern dies gesetzlich

zulässig ist, teilen wir Ihnen in diesem Fall immer den Grund für die Verweigerung mit. Wir werden Ihnen aber grundsätzlich innerhalb eines Monats nach Eingang Ihres Anliegens antworten. Sollten wir länger als einen Monat für eine abschließende Klärung brauchen, erhalten Sie eine Zwischennachricht.

8.) Empfänger der Daten:

Ihre personenbezogenen Daten können im Rahmen der Zwecke weitergegeben werden an Mitarbeitende, andere Behörden, andere Abteilungen und den Personalrat innerhalb des Verantwortlichen, Prozessbeteiligte, Gerichte, Verfahrensbevollmächtigte, soweit es gesetzlich zulässig ist. Zum gesetzlichen Zweck der Personalstrukturstatistik wird ein monatlicher Abzug von pseudonymisierten Einzeldatensätzen an die Statistikstelle Personal bei der Senatsverwaltung für Finanzen weitergeleitet (Personalstrukturstatistikgesetz - PSSG - vom 2. Dezember 2004).

Es erfolgt keine Datenübermittlung in ein Drittland außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Empfänger, denen Ihre personenbezogenen Daten offengelegt werden können:

- Träger der Sozialversicherung
- Träger der Zusatzversorgung
- Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen
- Landesverwaltungsamt Berlin (LVWA) als zentraler Personaldienstleister des Landes Berlin, Beihilfestelle, Versorgung
- IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) als Auftragsverarbeiter
- Verwaltungsinterne Empfänger
- Finanzbehörden
- Gerichte
- Banken